

Der Vorsitzende, H. Waldästl, verwies auf ein Schreiben der Stadtverwaltung mit einigen Ausführungen zum Ablauf der Baumaßnahme, welches nachmittags an die Fraktionen versandt wurde.

Im Laufe des Sitzungstages und damit nicht fristgerecht ging die Anfrage der CDU-Fraktion ein. Die Beantwortung der Anfrage sei eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn versandt worden und habe daher wahrscheinlich nicht mehr alle Mitglieder erreicht.

Der Vorsitzende, H. Waldästl gab das Wort an den Technischen Dezenten, H. Gleß. Dieser teilte mit, dass das heute Nachmittag den Fraktionen übersandte Schreiben einen aktualisierten Sachstand enthielt und gab den Inhalt und somit gleichzeitig auch chronologisch die nachvollziehbaren Gründe, die zu den Verzögerungen geführt haben, wieder. Er teilte mit, dass mittlerweile die Fliesen gelegt und auch der Außenputz aufgebracht seien. Noch am 29.06. sei das Technische Dezernat davon ausgegangen, dass die Arbeiten - wenn auch knapp - dennoch abgeschlossen würden. Man sei am 29.06. sowie auch im Rat am 01.07. davon ausgegangen - zwar kurzfristig - den Termin halten zu können. Der Technische Dezernent machte nochmals deutlich, dass zu diesem Zeitpunkt die Unwägbarkeiten hätten noch nicht abgesehen werden können. Für die von der Verzögerung der Fertigstellung betroffenen 10 Kinder konnte im Rahmen eines Krisengesprächs in enger Abstimmung zwischen dem KiTa-Träger, dem LVR und der Stadt eine Lösung gefunden werden. Sie wurden innerhalb der Casa Lu am zweiten Standort in der KiTa-Wehrfeldstraße untergebracht und dort fachgerecht betreut.

Die Trägervertreterin, Fr. Friedhofen, wiederholte aus die Chronologie und sämtliche Fakten zum KiTa-Bau und zu den Verzögerungen aus Sicht des Trägervorstandes. Mit allem Verständnis für Unwägbarkeiten, sei es jedoch nicht hinnehmbar, da auf Trägerseite ebenfalls vertragliche Verpflichtungen eingegangen wurden: MitarbeiterInnen, die gehalten werden müssen, Möbellieferungen etc.

Die Situation der Nicht-Einzugsmöglichkeit wurde in einer Krisensitzung am 14.07.21 zwischen FB 9, FB 5 und Dezenten besprochen.

Weitere Vertreter der Stadt und der Trägervertreter hatten auf dessen Anfrage am 15.07.21 einen Besichtigungstermin, bei dem offenbar wurde, dass der Termin nicht haltbar sei.

Unter Mitwirkung von Dezernent III, FDL 5.40 Frühe Bildung sowie Herrn Busch (Fachaufsicht beim LVR) wurde folgende Lösung gefunden. Es wurde ein Shuttleservice und eine Vorlaufgruppe mit 10 Kindern in der KiTa Villa Lu eingerichtet. Am 19.07. hatte Herr Busch die Zusage zur Betriebserlaubnis bis 31.10. für die o.g. Betreuung erteilt.

Zudem sagte das technische Dezernat für die Umbauarbeiten in der Wehrfeldstr. Unterstützung zu.

Weiter führte die Vertreterin des DKSB, Fr. Friedhofen, aus, dass das stetige rauf und runter über die Jahre, den DKSB und die Eltern ziemlich gebeutelt habe. Der Austausch war mit den Mitarbeitern/innen der Stadt war immer gut, gleichwohl war das Ergebnis nicht erfreulich. Der DKSB betreut 70 Kinder. Eine Planung und deren Durchführung mit so vielen Unwägbarkeiten sei zwar erklärbar, habe jedoch den DKSB in allergrößte Schwierigkeiten gebracht. Vor allem sei es schwierig gewesen, die Mitarbeiter/innen bei Laune zu halten.

Sie unterstrich, dass sie im Ehrenamt arbeite, und es Nerven gekostet hätte. Sie würde keine Schadenersatzforderung in Erwägung ziehen und sei auch rückhaltend gewesen, aktiv an die Presse zu gehen.

Sie machte deutlich, dass sie sehr dankbar sei, dass sie die Möglichkeit im Rahmen des JHA erhielt, das ganze Ausmaß vorzutragen. Was es nicht nur für den DKSB sondern auch für das Jugendamt bedeutet, wenn Plätze nicht rechtzeitig besetzt würden.

Abschließend bat Sie darum endlich solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Planungssicherheit für die Träger böten.

Die Vertreterin der FDP-Fraktion, Fr. Jung, stellte dar, dass nicht das Problem die sachlichen Verzögerungsgründe seien, sondern die Kommunikation.

Sie bat um eine Ausführung der Verwaltung, ob die Verwaltung in Erfahrung bringen konnte, warum die Firmen nicht erschienen waren und ob es Referenzen zu den Firmen gab.

Die Fachdienstleitung im technischen Dezernat – Fr. Lüdenbach - führte dazu aus, dass zwei Sachverhalte voneinander abzugrenzen seien.

Dies sei zum einen der Innenbereich – Gewerk Fliesenarbeiten:

Hier gab es einen Firmenwechsel zum 22.06. mit festgelegtem Fertigstellungstermin 16.07. Bereits Ende Juni wie auch die ersten beiden Juliwochen konnten sie die Fliesenlegerfirma weder telefonisch noch schriftlich erreichen. Als man ihn schließlich erreichte äußerte sich dieser, dass die Fliesen noch nicht geliefert seien. Als Stadt hätte man nun theoretisch den 16.07. abwarten müssen, um ihm die Möglichkeit zu geben, vertragsgemäß zu leisten.

Am 14.07. habe man sich zusammengesetzt um eine Lösung zu finden. Jedoch war es kurzfristig vergaberechtlich nicht möglich. Da es sich um ein Kritisches Gewerk, also von dem weitere andere Gewerke abhängig waren, war bei Bekanntwerden die Inbetriebnahme zum 16.08. zum Zeitpunkt 14.07. gefährdet. Dies war vorher nicht der Fall, da man davon ausgegangen ist, dass es fertig würde. Projektablaufmäßig sei der kritische Weg ganz schnell überschritten, wenn das Kritische Gewerk nicht fristgerecht fertig werde. Dies wurde am 15.07. erkannt, man habe am 15.07. umgehend alle Beteiligten informiert.

Zum anderen gäbe es noch die Abhängigkeiten im Außenbereich.

Dort habe der Verputzer verspätet seine Arbeiten aufgenommen, da er durch den insgesamt sehr verregneten Mai auch Terminverschiebungen auf andere Baustellen hatte.

Damit sei die Bonner Str. zu einem deutlich späteren Zeitpunkt dann durch ihn angegangen worden. Ab dem 09.06. musste aber er seine Arbeiten mehrmals unterbrechen, da es an mehreren Tagen über mehrere Stunden geregnet habe und daher keine Putzarbeiten möglich waren.

In den ersten beiden Juliwochen gab es immer wieder Ausfälle, so dass die Arbeiten erst in der 3. Juliwoche beendet werden konnten. Davon abhängig waren auch der Abbau des Gerüsts sowie die Außenanlagen, die ausstehenden Fundamente für das Fluchttreppenhaus und die Modellierung des Außengeländes im hinteren Bereich als Außenfläche für die Kinder.

Am 08.07. hätte man auf Nachfrage von Fr. Friedhofen mitgeteilt, dass die Inbetriebnahme zum geplanten Termin möglich sei, weil man zu diesem Zeitpunkt noch davon ausgehen konnte

Die FDP-Fraktion, vertreten durch Fr. Jung, fragte, warum die Politik nicht informiert wurde. Dazu konnte die Fachdienstleitung des technischen Dezernats nichts sagen.

Die Vertreterin der SPD-Fraktion, Fr. Borowski, dankte für die Ausführungen.

Sie ging nochmal auf die Kommunikation ein, die schon Thema im JHA und Rat war. Dort gab es bereits Diskussionen wegen UA KiTa-Baumaßnahmen. Die Verwaltung wusste dass die Politik sich nicht ausführlich genug informiert fühlte. Daher sei dieser Ablauf nicht nachvollziehbar. Man hätte Verantwortung gegenüber den Eltern und alle egal welche Partei würden von den Bürgern/innen und auch sie in ihrer Funktion als Ortsvorsteherin angesprochen. Nicht hinnehmbar sei, dass sie erst bei einem vor Ort Termin den Stand des Baufortschritts gesehen hätte und sich daraufhin beim DKSB erkundigt habe. Erst von dort hatte sie Kenntnis von den Verzögerungen erlangt.

Sie sagte, sie erwarte und verlange künftig eine andere Kommunikation und Ehrlichkeit der Politik gegenüber.

Es wurden Konventionalstrafen angesprochen sowie die in der Begründung angegebene Hochwasserkatastrophe.

Und es wurde gefragt, warum es eigentlich so gelaufen sei.

Die Vertreterin der Grünen, Fr. Schulenburg, bat hinsichtlich der nachfolgenden Ausführungen der Fachdienstleiterin vom technischen Dezernat um ein Wortprotokoll:

...

„Ja gerne, also auch da gibt es verschiedene Punkte zu unterscheiden. Sie haben sehr viele Fragen gestellt ich hoffe Fr. Borowski, dass ich die alle noch beantwortet bekomme. Zunächst einmal in Bezug auf den Fliesenleger. Wir haben da verschiedenste Kommunikationsformen und Wege gewählt. Das ist auch grundsätzlich dokumentiert. Der ist nicht ans Telefon gegangen. Die Mitarbeiter haben sogar mit dem privaten Handy angerufen, um nicht mit der Nummer von der Stadt anzurufen. Auch da ist er nicht dran gegangen. Wir haben den selbstverständlich angeschrieben. Wir haben ihn auch nochmal auf seine vertraglichen Verpflichtungen hingewiesen. Und haben das auch nochmal 12.07. schriftlich gemacht und auch am 09.07., also mehrfach, ja das, was es aber auch tatsächlich beim Bauen gibt. Es gibt immer die Möglichkeit dass 1000 Chinesen¹ kommen und die Sachen in 1 oder 2 Tagen hinbekommen. Also das ist jetzt kein Witz sondern diese Möglichkeit muss man den Auftragnehmern auch tatsächlich immer einräumen, ja ... d.h. man hat da als Auftraggeber auch bitte (*die Vertreterin der Grünen bittet um Wiederholung und Aufnahme ins Protokoll*) ja...1000 Chinesen das ist ein... nein also das ist natürlich umgangssprachlich gesprochen, aber es gibt immer die Möglichkeit dass eine Auftragnehmer mit 1000 Mitarbeitern um die Ecke kommt. Dieser Spruch heißt 1000 Chinesen, soll jetzt aber wirklich nicht despektierlich oder irgendwas sein, sondern das ist ein Spruch den es so gibt. Und diese Möglichkeit muss man ihm immer einräumen. Ich habe Ihnen ja gerade gesagt, wir haben das am 09. dokumentiert, am 12. dokumentiert, am 14. nochmal geschaut... ist er jetzt gekommen, hat er jetzt angefangen? Weil es die Möglichkeit gegeben hätte, er nimmt die Arbeiten auf, er arbeitet Tag und Nacht durch und er wird noch fertig. Das war ja Ihre eine Frage.

Das was wir auch bezüglich der Starkregenereignisse angetragen haben. Und da müssen wir jetzt einfach auch nochmal gucken, wo wir sind. Wir sprechen jetzt von den Beton- und Rohbauarbeiten von der Fluchttreppe. Das sind die Arbeiten, die wir erst machen können nachdem das Gerüst abgebaut wurde. Und dann werden mittels eines Baggers entsprechend große Fundamente gegraben. Hier haben wir ein Rohbauunternehmen, die sitzen in Erfstadt. Die hätten schon im Juni anfangen sollen. Sind immer vertröstet worden, weil das Gerüst noch nicht abgebaut wurde. Also auch die Firmen haben ja grundsätzlich auch andere Baustellen als

¹ Dabei handelt es sich um das sog. „Chinesen-Prinzip“, eine Beschreibung aus dem Projektmanagement. <https://www.computerwoche.de/a/projektmanagement-systeme-planen-steuern-kontrollieren,1152673>

JuZe oder KiTa Bonner Str. als in Sankt Augustin.

Dieser Rohbauunternehmer ist ein Unternehmen aus Erfstadt. Und der hatte das Problem, dass er kein Arbeitsgerät und auch keinen verfügbaren Baggerfahrer hatte.

Nachdem wir dann das Gerüst abgebaut hatten am 29.07. hätte der ja direkt im Anschluss anfangen können. Aber nicht konnte, weil er weder einen Bagger noch einen Baggerfahrer hatte. Also das in Bezug auf den Starkregen und da ist einfach das Unternehmen von dem Hochwasser betroffen. Ihm fehlten einfach Personal und Geräte, um dann direkt im Anschluss am 29.7. hier in Sankt Augustin aufschlagen zu können und um seine Arbeiten da zu forcieren. Dann hatten sie glaube ich noch eine Frage...“

Wortprotokoll-Ende

Sie führte hinsichtlich der Vergabe und Referenzen des Fliesenlegers weiter aus, dass diese Baumaßnahme sich ja über mehrere Jahre hinziehe. Die eigentlichen Fliesenarbeiten waren eigentlich für Oktober 2018 avisiert. Zu diesem Zeitpunkt hatte ein anderes Unternehmen den Auftrag. Das Unternehmen konnte den Verschiebungen nicht folgen.

Der Vertrag wurde aufgehoben, die Fliesenarbeiten neu ausgeschrieben und am 22.06. mit dem vertraglichen Zusatz: Fertigstellungstermin 16.07. vergeben.

Es gab ein Vorgespräch in der die unendliche Wichtigkeit des Termins und die Abhängigkeiten der anderen Unternehmen davon, deutlich gemacht wurden. Leider sei der Fliesenleger einfach nicht gekommen.

Die Frage der SPD-Fraktion, vertreten durch Fr. Borowski, nach der Konventionalstrafe beim Putz wurde bejaht. Allerdings würde das dem Unternehmen nicht wehtun, da sie ja, wenn auch später, die Arbeitsleistung erbracht hätten.

Die Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen, Fr. Schulenburg, ging auf die generellen Schwierigkeiten mit handwerklichen Unternehmen ein und das auch mal in Planung und Ausschreibung Fehler passieren.

Der Technische Dezernent, H. Gleß, äußerte dazu, dass es keine falsche Planung gegeben habe. Der Altbau hätte statische Probleme, die immer wieder zurückgeworfen hätten.

Dann bekräftigte er es als richtige Entscheidung, den Altbau als historisch wertvolle Bausubstanz zu erhalten. Auch die Politik hätte seinerzeit beschlossen, den Altbau zu erhalten.

Es sei in Sankt Augustin viel historische Bausubstanz gewichen. Damit müsse man sich nun auseinandersetzen.

Auch hätten wir ein sehr gut aufgestelltes Handwerk in Sankt Augustin, in der Region. Unternehmen hätten generell ein Problem wenn die Zeitkette nicht funktioniert. Wenn Auftragsbücher, wie z. Z. voll seien, werde es schwierig, die Unternehmen zu halten.

Die Preisentwicklung würden uns zukünftig zu schaffen machen... auch die Verfügbarkeit von Materialien. Hier sei künftig enge Zusammenarbeit mit dem Handwerk erforderlich.

In Buisdorf war es ein Problem mit dem Generalübernehmer. Dies werde gerichtlich geklärt.

Bezüglich der Kommunikation lenkte er ein, dass im Nachhinein klar wurde, man hätte es damals besser direkt - als es aufgetreten ist - kommunizieren müssen.

Das Problem sei seinerzeit jedoch erkannt und eine Lösung gefunden worden.

Der Vertreter der Stadtschulpflegschaft, H. Dr. Pich, regte an, künftig in den Vergabevertrag auch die Erreichbarkeit des Auftragnehmer mit aufzunehmen, mit der Konsequenz, dass die Nichterfüllung als Vertragsbruch gewertet würde.

Es dürfe nicht sein, dass ein beauftragtes Unternehmen nicht erreichbar sei.

Die Vertreterin der FDP-Fraktion, Fr. Jung, bekräftigte das vom Technischen Dezernenten hinsichtlich künftigen Zugriff auf Handwerksbetriebe Gesagte.

Man müsse mehr private Investoren ermuntern. Das Vergabeverfahren lief anders und die Interessenten auf dem Markt seien da. Sie wolle hier mal die Meinung der Verwaltung dazu einholen. Grundsätzlich zur Kommunikation: die Politik müsse über die Dinge entscheiden und entsprechend informiert sein.

Für sie sei die Rolle der Politik hier nicht geklärt. Es werde nicht oder permanent nicht informiert oder man müsse sich selbst die Informationen zusammensuchen.
Sie machte die Ernsthaftigkeit deutlich mit Bezug auf die Außendarstellung der Ortsvorsteherin.

Es sei ohnehin schon schwierig genug kommunalen Nachwuchs zu bekommen. Es gäbe wenig, die sich engagieren. Und die wollen ernst genommen werden in und mit der Verwaltung zusammen und mit den Bürgern. Gemeinsames Arbeiten mit der Verwaltung sei schwierig ohne gute Kommunikation.

Der Technische Dezernent, H. Gleß, führte dazu aus, dass für den Bereich Gestellung von Gebäuden die Zusammenarbeit mit privaten Investoren denkbar sei, es aber schlussendlich auf die Melange ankäme.

Die Vertreterin des DKSB, Fr. Friedhofen, äußerte, dass man perspektivisch denken solle – ein Management müsse da sein, welches solche Krisen überbrücke, dass man Alternativen hat. Sie äußerte den Wunsch nach Überprüfbarkeit, dass perspektivisch wirtschaftlich geplant würde und es die Planungssicherheit für Träger gäbe, die mit der Kommune zusammenarbeiten. Man müsse gemeinsam nach Lösungen suchen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion, H. Beckmann, berichtete von der Akteneinsicht, die dokumentiert, warum es so gekommen ist, wie es gekommen ist. Er wertete es als ärgerliche und bedauerliche Angelegenheit.

Dennoch sei es begrüßenswert, dass es gelungen sei, innerhalb kürzester Zeit eine Interimslösung zu finden und sprach seinen Dank ausdrücklich an den Träger und die Beteiligten in der Verwaltung aus.

Zur Klärung eines Missverständnisses führte er weiter aus:

Am 19.07. hat sich die Verwaltung (Erster Beigeordneter, H. Dogan) am 20.07. der DKSB, Fr. Friedhofen, in einer Mail bedankt dafür, dass die Lösung so schnell zu Stande gekommen sei. In der Presse wurde der DKSB jedoch zitiert, dass er erst Ende Juli von der überraschenden Verschiebung erfahren habe. Dies beruhe dann sicher auf einem Missverständnis? Dies wurde seitens des DKSB bejaht.

Die SPD-Fraktion, Fr. Borowski, bekräftigte nochmals, dass es nicht um Schuldzuweisungen gehe und erkundigte sich, ob die Verwaltung im Rahmen der Vergabeverfahren auch auf Referenzen zurückgreifen könne und deren Verlässlichkeit.

Bezüglich der Kommunikation hätte sie die Hoffnung dass man wieder an frühere gute Kommunikationen anknüpfen könne.

Die Verwaltung gab an, dass grundsätzlich innerhalb der Vergabeverfahren Referenzen geprüft würden und es sich hier um einen großen namhaften Fliesenleger gehandelt habe.

Jedoch solle man auch beachten, dass Referenzen generell aber Momentaufnahmen seien.

Als Beispiel nannte sie die Deichstraße. Auch dort gab es gute Referenzen. Dies seien aber welche aus der Vergangenheit. So hätte auch Siegburg ganz große Probleme mit dem

Bauunternehmen, trotz hervorragender Referenzen.

Eine hundertprozentige Planungssicherheit gäbe es beim Bauen nie, da dies ein dynamischer Prozess sei und Menschen am Werk seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Der Vorsitzende ergriff abschließend das Wort und zielte unter Bezugnahme auf die Kommunikation auf das offizielle Statement der Stadt ab.

Wenn dort solitär ohne weitere Erläuterung ausgeführt würde „Außerdem mussten die beauftragten Tiefbauarbeiten neu vergeben werden, da der ursprünglich beauftragte Unternehmer durch die Schäden des Hochwassers handlungsunfähig wurde.“ Dann sei das zwar sachlich richtig aus heutiger Sicht. Wenn dies jedoch so solitär stünde und bei solch einem sensiblen Thema, bei dem es um Existenzen und Leben ging, dürfe das Verwunderung auslösen.

Er dankte für die konstruktive Diskussion und hob vor, dass es wichtig gewesen sei, zeitnah Nachfragen stellen zu können. An die Verwaltung insbesondere Technischem Dezernenten richtete er die Bitte künftig die alte gute Kommunikationsstruktur wieder aufzunehmen.

Der Vorsitzende, H. Waldästl, äußerte die Hoffnung, dass der neue UA KiTa-Baumaßnahmen einen Beitrag leiste, die Kommunikation und die Transparenz zu verbessern und schlussendlich KiTa-Plätze schnellstmöglich zu schaffen und Eltern und Kinder zufriedenzustellen.

Die SPD-Fraktion, Fr. Borowski, erkundigt sich noch nach Einhaltung des Termins 31.10. Die Verwaltung sagte mit Stand 09.08.2021 zu, machte aber deutlich, dass dies aufgrund des heutigen Kenntnisstandes sei und sich die Lage auch verändern könne. Es sei ein dynamischer Prozess.

Sie äußerte die Hoffnung, dass der kritische Pfad nicht nochmal überschritten werde.

Der Vorsitzende schloss TOP 3.